

Hartwin Spenkuch

**„Der einzige deutsche Staatsmann, der aktiv darum bemüht  
war, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern“<sup>1</sup> –  
Karl Fürst Lichnowsky, Gottlieb von Jagow, das Hoffen auf  
Englands Neutralität 1912–1914 und die Kriegsschuldfrage**

Der Beitrag behandelt in gebotener Kürze drei verknüpfte Themenfelder: Biographie und außenpolitische Konzeption Lichnowskys als deutscher Botschafter in London Ende 1912 bis Anfang August 1914; den innerdeutschen Skandal um Lichnowskys Broschüre „Meine Londoner Mission“ 1918 und die daran anschließende frühe Debatte um die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg. Es soll gezeigt werden, dass erstens Lichnowsky der wohl einzige deutsche Spitzendiplomat war, dessen Ziel im Sommer 1914 Kriegsverhinderung hieß, dass er zweitens merklich andere außenpolitische Leitlinien verfolgte als die deutsche Reichsleitung bzw. Militärführung und dass es damit drittens Alternativen zum aus Einkreisungsperzeption und hypertropher Russophobie gespeisten außenpolitischen Hazardspiel Berlins in der Julikrise 1914 gab. Mit Lichnowsky an der Spitze hätte die große Katastrophe (mindestens) 1914 nicht stattgefunden. Sein Scheitern war Europas Verhängnis.

I

Zunächst kurz zum biographischen Hintergrund. Karl Lichnowsky entstammte einem oberschlesischen, seit 1723 österreichisch-reichsgräflichen und seit 1773 preußisch-fürstlichen Haus. Sein Urgroßvater lud in Wien Beethoven zu Konzerten und gab ihm 600 Gulden Jahreszuschuss; sein Onkel Felix war liberal-konservativer Abgeordneter der Frankfurter National-

---

1 Titelzitat Annika Mombauer, *Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg*, München 2014, S. 78. Ähnlich John C. G. Röhl, Artikel Karl Max Fürst Lichnowsky, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 14, München 1985, S. 443–445, S. 444: „1914 war L. der einzige deutsche Diplomat, der unmittelbar den Krieg zu verhindern suchte“ sowie bereits Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 667: Lichnowsky gehörte zu den „entschiedenen Gegnern eines europäischen Krieges“.

versammlung 1848 und fiel dort Mitte September einem Mob zum Opfer. Sein Vater Karl (1818–1901) gehörte 1867–77 für die Freikonservativen dem Reichstag an und nahm seit 1854, wie ab 1901 der Sohn, einen erblichen Sitz im Preußischen Herrenhaus ein. Als katholischer Standesherr mit circa 13.000 ha (130 km<sup>2</sup>) landwirtschaftlichem Grundbesitz um Ratibor und Troppau in Preußisch- und Österreichisch-Schlesien und einem mittleren sechsstelligen Jahreseinkommen führte er den Titel „Durchlaucht“, war sehr selbstbewusst, weltgewandt, und reich genug für eine modernisierungsoffeneren Haltung als die meisten Landadeligen Ostelbiens, die Junker.<sup>2</sup> Er besuchte das vornehm-teure Vitzthumsche Gymnasium in Dresden, aber studierte nicht, sondern trat 1882 in das Berliner Garde-Husaren-Regiment ein. Wie andere Aristokraten gerade dieser Zeit von seinem hochadeligen Stand profitierend, gelang ihm schon im Folgejahr eine Kommandierung zur deutschen Botschaft in London.

Dort konnte er formell in die Diplomatenlaufbahn wechseln. Mehrfach versetzt (Stockholm, Konstantinopel, Dresden) forderte er „gute Posten“ und lehnte Ende 1889 die Versetzung nach Athen oder ähnlich „kleine Orte“ ab, erhielt das heimatnahe Dresden zugewiesen, aber forderte eine Position in der Zentrale, Rom, Paris oder London. In Bukarest lernte er 1891 den Gesandten Bernhard v. Bülow kennen und kam Mitte 1892 nach Wien. Dort arbeitete er unter Philipp Fürst zu Eulenburg und avancierte 1894 zum 1.°Botschaftssekretär. Lichnowsky nahm stetig Abwesenheiten zwecks Verwaltung seines Besitzes in Anspruch; er unternahm 1898/99 auch eine sechsmonatige Weltreise nach Ostasien und in die USA. 1899 machte ihn sein Gönner Bülow, nunmehr Staatssekretär, zum Personaldezernenten in der Berliner Zentrale, ein rasanter Aufstieg binnen zwölf Jahren.<sup>3</sup>

Im Auswärtigen Amt herrschte damals bekanntlich der Adel vor. Bürgerliche machten zwar 1871–1914 30% der Eintritte in die Diplomatenlaufbahn aus, aber erreichten ganze 11 (8,7%) von 127 Botschafter- und wichtigeren (europäischen) Gesandten-Positionen.<sup>4</sup> Als Personaldezernent bevor-

---

2 Zu Familie und Jugend vgl. Harry F. Young, *Prince Lichnowsky and the Great War*, Athens/Ga 1977, S. 1–7; knapper Lebensabriss bei Klaus Lindner, *Karl Maximilian Fürst Lichnowsky (1860–1928)*, in: *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 9, hg. von Joachim Bahlcke, Inzingen 2007, S. 305–315. Besitz und Einkommen nach Rudolf Martin, *Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen*, Berlin 1912, Teil II, S. 331.

3 Vgl. den Schriftwechsel 1888–95 in der Personalakte: PA AA, P I Nr. 8876 und 1895–1912 in Nr. 8877 (beide Akten unpagniert). Die diplomatischen Stationen nach Johannes Hürter, *Maria Keipert u.a., Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*, 5 Bde., Bd. 3, Paderborn 2007, S. 71–73.

4 Lamar Cecil, *The German Diplomatic Service 1871–1914*, Princeton 1976, S. 68, 76: 121 Bürgerliche von 396 Rekrutierten. Prominente Botschafter im Fürsten- oder Grafen-Rang

zugte Lichnowsky auch gebürtige Preußen und, so 1900 explizit, „Leute guter Familien“, was primär preußische Adelige bedeutete. Er teilte schon aufgrund seines eigenen Lebensweges das (Vor-)Urteil im Adel, es komme in Führungsständen auch der Diplomatie auf Persönlichkeit und Habitus, nicht Buchgelehrsamkeit an. Als später der Botschafterposten in Rom zu besetzen war, empfahl Lichnowsky einen hochadeligen Kandidaten (Carl Graf Wedel), weil es vor allem auf gute Umgangsformen, gesellschaftliche Gewandtheit, genügend Vermögen und „eine präsentable Frau“ ankomme, nicht bloß auf Arbeitsamkeit und Bildungszertifikate. Auch ihn selber zeichnete nicht büromäßige Aktenarbeit aus. Nach dem Urteil seines Londoner Mitarbeiters Richard von Kühlmann war er der Typ des „reichen, ästhetisch gebildeten, sehr eleganten deutsch-österreichischen Grandseigneurs, der mehr durch imposante Repräsentation und persönliche Liebenswürdigkeit wirkte“.<sup>5</sup>

Als Lichnowsky von Bülow bei Botschafter-Ernennungen mehrfach übergangen worden war, entsprach dies nicht seinem Statusdenken und der hohen Meinung von sich selbst. Er ließ sich ab 1.7.1904 unbegrenzt beurlauben und übernahm die seit dem Tode seines Vaters 1901 verwaiste Gutsverwaltung in Oberschlesien. Im gleichen Jahr heiratete der Fürst die achtzehn Jahre jüngere Gräfin Mechtilde Arco-Zinneberg aus katholischem bayerischem Uradel, eine emanzipierte Frau jenseits der wilhelminischen Konventionen, Kunstförderin und bald eine bekannte Schriftstellerin. Im Berliner Westen (Buchenstr. 2) unterhielt das Ehepaar ab 1908 ein großes Haus, gab gesellige Abende und sammelte bereits Bilder von Picasso. Als Herrenhausmitglied unterstützte Lichnowsky die antipolnische Linie Bülows, aber lehnte 1903 dessen Angebot des Oberpräsidenten-Postens in Posen ab. Er trat grundsätzlich für eine Reform des Dreiklassenwahlrechts ein, ohne sich 1910 zugunsten der Reformvorlage Bethmann Hollwegs zu engagieren. Dies hielt der Journalist Theodor Wolff Lichnowsky und anderen reichen schlesischen Adelige in zwei Tageblatt-Artikeln 1910/1912 enttäuscht vor.

---

waren: Paul Graf Hatzfeldt, Chlodwig Fürst Hohenlohe, Georg Herbert Fürst Münster, Hugo Fürst Radolin, Heinrich VII. Prinz Reuß, Otto Fürst Stolberg-Wernigerode oder Carl Graf Wedel. Zur Übernahme junger Offiziere in die diplomatische Laufbahn vgl. Cecil, S. 104ff., bes. S. 116 (Zunahme von Kommandierungen seit den 1880er Jahren) und S. 144f.

5 Cecil, *Diplomatic Service*, S. 77 und Zitat Lichnowsky gegenüber Baronin Spitzemberg Juli 1900 nach Rudolf Vierhaus (Hg.), *Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg*, geborene Frein v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 397. Eckart Conze, *Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis in die Gegenwart*, München 2013, S. 30 (Wedel). Richard von Kühlmann, *Erinnerungen*, Heidelberg 1948, S. 375 (Grandseigneur). Das Kolonialabkommen handelte 1912/13 wesentlich Kühlmann aus.

Seit 1909 publizierte Lichnowsky in Zeitungen, aufsehenerregend im linksliberalen Berliner Tageblatt Theodor Wolffs über politische Fragen. Mitte 1912 erschien in Ludwig Steins Zeitschrift „Nord und Süd“ der Artikel „Deutsch-englische Mißverständnisse“. Dessen Kernsätze lauteten, dass es zwar den deutsch-englischen Mächte-Gegensatz zumal wegen der Flottenrüstung und Deutschlands Aufstieg gebe, eine gewaltsame Lösung jedoch beider Interesse keinesfalls entspreche und „ein auf Achtung und Vertrauen begründetes Verhältnis trotz gewisser Empfindlichkeiten“ bei gutem Willen allmählich herstellbar sei.<sup>6</sup>

Dieser Artikel, von Admiral von Müller an Wilhelm II. weitergereicht, gefiel diesem. Als wenige Monate später der Londoner Botschafterposten neu zu besetzen war, hatte der Kaiser einen Favoriten. Zwei Kandidaten des Kanzlers wurden von Wilhelm nicht goutiert bzw. sagten altershalber ab (Graf Hermann Hatzfeldt-Wildenburg, Karl von Eisendecher). Bethmann Hollweg schrieb, Lichnowsky komme zwar auch in Frage, aber seine Frau lasse sich

„in ihren fast ausschließlich auf Kunst, Musik und namentlich Theater gerichteten Interessen stark gehen, hat für die soziale Stellung ihres Gatten wenig Verständnis, unterstützt ihn in dieser Beziehung nicht, und hat sich daher in der Berliner und in der schlesischen Gesellschaft keine Position zu machen verstanden.“

Dieses Rollenverständnis bedarf keiner Explikation, obschon es gerade im Auswärtigen Amt bis vor nicht allzu langer Zeit verbreitet gewesen sein soll. Zum dritten Vorschlag Bethmann Hollwegs, Wilhelm von Stumm, notierte Wilhelm: „Nein! Der *fürchtet* die Engländer viel zu sehr und haßt meinen Flottenbau!“, und fügte die berühmten Worte an: „Ich schicke nur einen Botschafter nach London, der *Mein* Vertrauen hat, *Meinem* Willen gehorcht, *Meine* Befehle ausführt“. Bethmann gab nach, zumal Mechtilde Lichnowsky „sich doch vielleicht in die Pflichten einer Botschafterin finden“ werde, und „gewisse Exzentritäten verzeiht einer Botschafterin und *Fürstin* niemand leichter als der Engländer.“ Marginal notierte Wilhelm II. dazu: ja.

---

6 Petra Wilhelmy, *Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert (1780–1914)*, Berlin 1989, S. 381–386, 731–733 (Mechtilde Lichnowsky). Theodor Wolff, Artikel „Nicht einer“ in: *Berliner Tageblatt* vom 8.4.1910, zit. nach Young, *Prince Lichnowsky*, S. 30. Ähnlich der Artikel Wolffs zur Ernennung Lichnowskys im *Berliner Tageblatt* vom 17.10.1912. Zur Gruppe reicher, hochadeliger Grandseigneurs wie Lichnowsky, Hermann Fürst Hatzfeldt-Trachenberg, Fürst Hohenlohe-Oehringen, Prinz Heinrich Schoenaich-Carolath etc. vgl. auch Hartwin Spenkuch, *Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918*, Düsseldorf 1998, S. 277f., 304; *Zeitschrift Nord und Süd*, Nr. 142 (England-Heft), Juli 1912, S. 15–22.

Lichnowskys Ernennung Mitte Oktober 1912 begegnete Ablehnung auf der „nationalen“ und völkischen deutschen Rechten, aber wurde international als gute Wahl betrachtet. Der englische Botschafter in Berlin berichtete dem Foreign Office, Lichnowsky sei „not so narrow minded as Prussians usually are“; die Fürstin sei recht unkonventionell „and a bit ‚sauvage‘“.<sup>7</sup>

Als Ende 1912 Staatssekretär Kiderlen-Wächter starb, unterstützte Lichnowsky gegenüber Bethmann brieflich die Ernennung des märkischen Junkersprosses Gottlieb von Jagow, eines fast ausschließlich in Italien eingesetzten Bülow-Protegés. Der Kanzler wählte Jagow, weil er seine außenpolitischen Grundsatzpositionen teilte, eine ähnliche Mentalität wie er selbst besaß und Loyalität versprach; alle Reichsstaatssekretäre waren ja verfassungsmäßig Untergebene des Kanzlers. Dem Kaiser gegenüber machte sich Jagow charakteristischerweise beliebt, als er Anfang 1913 forsch äußerte, er werde als Erster zum Krieg raten, wenn Deutschlands Positionsausbau in Vorderasien etwa von Russland behindert werde.<sup>8</sup>

Lichnowskys Positionen waren andere. Wiewohl familiär und äußerlich österreichischer Grandseigneur war er seit den 1890er Jahren – damals im Gegensatz zu Friedrich von Holstein – überzeugt, Deutschland dürfe sich nicht Österreichs Gegensatz zu Russland zu eigen machen. Wiens Balkanbesitz sei nicht Deutschlands Lebensinteresse – eher weltweite wirtschaftsbasierte Expansion – und Gründe für eine existentielle Feindschaft zu Russland existierten gar nicht. Konfrontative Gesten oder Handlungen seien sehr wohl vermeidbar. Das Axiom von der bedrohlichen, in Kürze unbesiegba-

---

7 Die Zitate aus den Originalschreiben in: GStA PK, BPH, Rep. 53 J, Nr. 7, Bl. 3a, Bethmann an Wilhelm II 25.9.1912 und Bl. 1c, Bethmann an Wilhelm II. 3.10.1912. Lichnowsky als Favorit Wilhelms II. lt. Cecil, *Diplomatic Service*, S. 217. Zum Auswahlvorgang und den Reaktionen detailliert Young, *Prince Lichnowsky*, S. 39–47, das Zitat des englischen Botschafters S. 46, sowie Georg Alexander von Müller, *Der Kaiser ... Aufzeichnungen des Chefs des Marinekabinetts Admiral G. A. v. Müller*, hg. von Walter Görnitz, Göttingen 1965, S. 121. Bernhard Fürst von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 3, Berlin 1931, S. 123 formulierte später in notorisch besserwisserischer Weise, Lichnowskys Wahl sei „gefährlich“, dieser diplomatisch „durch und durch Dilettant“ und insgesamt „mehr Kannegießer als politischer Kopf“ gewesen.

8 Zur Auswahl Jagows vgl. Cecil, *Diplomatic Service*, S. 317–319; Dienstlaufbahn bei Hürter, Keipert u.a., *Biographisches Handbuch*, Bd. 2, Paderborn 2005 S. 415f. Jagow als Loyalist Bethmanns lt. Johannes Hürter, *Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes im Ersten Weltkrieg*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 216–251, S. 222ff. Erst im Oktober 1914 räumte Lichnowsky ein, „allerdings Jagow überschätzt“ zu haben, „aber der böse Geist sei Stumm gewesen“, zit. nach Bernd Söseemann (Hg.), *Theodor Wolff Tagebücher 1914–1919*, Boppard 1984, S. 109. Zitat Jagow 1.2.1913 lt. von Müller, *Der Kaiser ...*, hg. von W. Görnitz, S. 202.

ren Macht Russlands teilte er nicht; Österreich sei mehr auf das Reich angewiesen als umgekehrt. England könne vom antideutschen Bündnis mit Russland abgehalten werden: Durch stete Verständigung mit der Londoner Regierungsspitze und möglichst Abkommen, etwa über koloniale Fragen, lasse sich trotz Flottenbau ein gewisses Vertrauensverhältnis aufbauen.

Lichnowskys Englandpolitik lag also auf der Linie der Berliner Zentrale, aber seine Ansichten in der Österreich- und Russlandpolitik differierten deutlich vom Standpunkt Bethmann Hollwegs und Jagows, des Unterstaatssekretärs Arthur Zimmermann und des Dirigenten der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm von Stumm. Schon am Beginn von Lichnowskys Amtszeit in London wurde dies erkennbar. Bei der Botschafterkonferenz der Großmächte, die ab Ende 1912 die Balkan-Konflikte zu pazifizieren suchte, unterstützte er gegen Berliner Direktiven den russischen Vorschlag, Scutari Montenegro, nicht Albanien zuzuschlagen, desavouierte somit Österreich, aber beförderte so den Konferenzerfolg.<sup>9</sup>

Eine weitere Differenz zu Jagow und Wilhelm von Stumm ergab sich bezüglich der Veröffentlichung des im Oktober 1913 paraphierten Vertrages mit England über eine künftige Aufteilung der portugiesischen Afrika-Kolonien – ein Unterfangen zu Lasten Dritter. Jagow und Stumm hielten die von London gewünschte Publikation aus zwei Gründen für inopportun. Erstens würde die deutsche nationalistische Rechte ein Paktieren mit dem „perfiden Albion“ zum Entrüstungsturm aufbauschen und zweitens würde die deutsche wirtschaftliche Durchdringung der portugiesischen Kolonien erschwert. Die Veröffentlichung und damit ein Beweis für deutsch-englische Kooperation unterblieb. Separate Gespräche über eine künftige Aufteilung des belgischen Kongo zugunsten eines deutschen Mittelafrika verliefen 1914 im Sande.

Einen realen Erfolg der Entspannung stellte das englisch-deutsche Abkommen über den Weiterbau der Bagdadbahn bis Basra vom Juni 1914 dar. Hingegen blieb die Flottenfrage in Lichnowskys Londoner Amtszeit ausgeklammert, nach dem Scheitern der Sondierung R. B. Haldanes vom März 1912 auf Eis gelegt. Lichnowsky sah dies angesichts bekannter Intransigenz bei Tirpitz und dem Kaiser für das Beste an und Jagow genauso.<sup>10</sup>

---

9 Young, Prince Lichnowsky, S. 12ff. (Lichnowskys Positionen bezüglich Österreich/Zweibund) und S. 61–63 (Lichnowsky desavouiert Österreich und ermöglicht Erfolg der Botschafterkonferenz).

10 Young, Prince Lichnowsky, S. 73–87 zu Kolonialabkommen und Bagdadbahn; dazu bereits Fischer, Krieg, S. 443–458 und knapp Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 2. Aufl., Berlin 1999, S. 325f. Lich-

Lichnowsky hielt (mit 130.000 M Repräsentationsgeldern jährlich) in der Londoner Botschaft standesgemäß Hof, trat vielfach öffentlich auf und entwickelte insbesondere zum Leiter der englischen Außenpolitik, Sir Edward Grey, ein Vertrauensverhältnis. Er hielt die deutsch-britischen Beziehungen für wesentlich entspannt, warnte allerdings stetig vor der Illusion, Großbritannien könne bei einem deutsch-französischen Krieg unbeteiligt beiseite stehen.

In Berlin hingegen, bei Bethmann Hollweg, Jagow und dem Auswärtigen Amt, schwankte man zwischen Hoffen und Bangen bezüglich des Ziels, Großbritannien von der Entente mit Frankreich und Russland sukzessive abzubringen. Ein Bericht Lichnowskys vom 3. Dezember 1912 zur Aussage des englischen Kriegsministers Richard B. Haldane, dass England bei einer kontinentalen kriegerischen Auseinandersetzung „unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden“ könne, löste bei Wilhelm II. Aufregung aus. Er berief den sogenannten Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 ein, in dem Generalstabschef Moltke offen erklärte, in der Zweifrontenlage und angesichts des Erstarkens Russlands sei militärisch für das Reich ein Krieg „je eher je besser“. Dem Kriegsrat folgte zwar keine unmittelbare Kriegsvorbereitung, aber die Zivilspitze übernahm allmählich die Zwangsvorstellung vom unvermeidlichen Krieg.<sup>11</sup>

Dieser fatalistischen Perception arbeiteten populärer Nationalismus und Panslawismus in Russland zu, die militärische Aufrüstung im Zarenreich und die gleichzeitige Festigung der Triple-Entente bei unsicherem Italien. Jagow erfuhr von Generalstabschef Helmuth von Moltke im Mai 1914, in zwei bis drei Jahren sei die Übermacht der Feinde so groß, dass Deutschland mit dem Schlieffenplan keinen Zweifrontenkrieg mehr gewinnen könne. Es bleibe „nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, solange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten“. Jagow notierte dazu, erscheine „ein Krieg unvermeidlich, so soll man sich den Moment nicht von dem Feind diktieren lassen, sondern ihn selbst be-

---

nowskys Eintreten für Veröffentlichung gegen „alldesche Schreier“ und Angst vor der öffentlichen Meinung dokumentiert in: Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914, hg. von J. Lepsius u.a., Bd. 37,1, Berlin 1926, S. 106ff., Zitat S. 120.

11 Lichnowskys Bericht in: Große Politik, Bd. 39, Berlin 1926, Nr. 15612 auf S. 119–122. Dort auch sein Bericht vom 20.12.1912, demzufolge England die traditionelle Balance of Power als Ziel habe, sich niemals „mit Frankreich und Rußland formell entloben und uns reumütig in die Arme sinken wird“, vielmehr „unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten“ und den an sich unpopulären Krieg zugunsten Frankreichs Erhaltung bestimmt führen werde. Zum Kriegsrat vgl. Fischer, Krieg, S. 231ff., Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 336f. und John C. G. Röhl, Wilhelm II, Bd. 3, München 2008, S. 963–967.

stimmen“. Dass Russland oder gar Frankreich Angriffsabsichten hegten, entsprach bis Juni 1914 weder der Ansicht Bethmann Hollwegs noch des Generalstabs. Behauptungen, dass ein Angriff auf das Reich für 1916/17 geplant war, haben deutsche Stellen erst mit Kriegsbeginn zur eigenen Rechtfertigung aufgestellt; ein Nachweis ist in jahrzehntelanger Forschung nie gelungen.<sup>12</sup>

Ferner erschreckte die (durch den Spion Benno von Siebert erfahrene) Nachricht über Verhandlungen einer britisch-russischen Marinekonvention mit der Implikation der Landung russischer Truppen in Pommern. Da Grey im Juni 1914 auf Lichnowskys Nachfrage zur schwebenden Marinekonvention ausweichend antwortete – im Sinne der traditionellen britischen Politik der Nichtbindung im Frieden, weil er im Parlament die Verhandlungen verschwiegen hatte und keine Flotten-Hysterie im Reich auslösen wollte – galt Lichnowsky in Berlin als von Grey „eingewickelt“. Die Affäre Marinekonvention ist in Stephen Schröders umfassender Analyse nicht als Hauptmotiv, aber als verstärkender Faktor für Pessimismus speziell bei Bethmann Hollweg eingeschätzt worden. Damit verfestigte sich in Berlin ein militärisches Bedrohungsszenario, demzufolge der einzige Ausweg Präventivkrieg hieß. Politische Führungsfiguren wie Bethmann und Jagow hätten sich dieser Fehlwahrnehmung nicht anschließen müssen, aber sie folgten den Vorgaben der Spitzenmilitärs. Deshalb sprach selbst ein vorsichtiger Historiker wie Klaus Hildebrand von der „initiierenden Verantwortung“ der Berliner Regierungsspitze für den Verlauf der Julikrise und den Kriegsbeginn im Jahr 1914.<sup>13</sup>

Von zentraler Bedeutung blieb die Hoffnung auf Neutralität Londons. Jagow schrieb Lichnowsky Ende Februar 1914, er solle doch „optimistischer“ sein.

---

12 Vgl. das Generalstabs-Memorandum Georg von Waldersees vom 18.5.1914 in der besten verfügbaren einbändigen und gesamteuropäischen Quellensammlung: Annika Mombauer (Hg.), *The origins of the First World War. Diplomatic and military documents*, Manchester 2013, S. 132f. Zitat Jagow nach Fischer, *Krieg*, S. 584 (aufgrund PA AA, NL Jagow, Nr. 8). Behauptungen ab Juli 1914 bei Dieter Hoffmann, *Der Sprung ins Dunkle oder wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde*, Leipzig 2010, z.B. S. 189f., 205.

13 Stephen Schröder, *Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Triple-Entente am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Göttingen 2006, S. 685, 690, 724f. Zum Präventivkrieg vgl. Bethmanns Bekenntnis gegenüber Conrad Haußmann 1918: „Ja, Gott, in gewissem Sinn war es ein Präventivkrieg. Aber wenn der Krieg doch über uns hing, wenn er in zwei Jahren noch viel gefährlicher und unent-rinnbarer gekommen wäre und wenn die Militärs sagen, jetzt ist es noch möglich, ohne zu unterliegen, in zwei Jahren nicht mehr! Ja, die Militärs!“ Zitat nach Fischer, *Krieg*, S. 671. Dutzende überlieferte Äußerungen bezüglich eines nötigen Präventivkriegs 1909–14 listet Hoffmann, *Sprung ins Dunkle*, S. 325–330. Verantwortung lt. Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871–1914*, 2. Aufl., München 2008, S. 37.

„Ich möchte glauben, Sie sehen manchmal etwas zu schwarz, auch wenn Sie der Ansicht Ausdruck verleihen, im Kriegsfall werde England auf alle Fälle an der Seite Frankreichs gegen uns zu finden sein. Wir haben doch nicht umsonst unsere Flotte gebaut“.

Hier fand sich also die widersprüchliche Kombination von Präventivkriegsbereitschaft gegen Russland und paradoxerweise mit dem Kernstreitpunkt Flotte begründeter Hoffnung auf Neutralität Englands, die Lichnowsky doch stetig als Illusion bezeichnete. England werde sich unter Optionszwang für Frankreich entscheiden – so wie Deutschland analog Österreich stützen werde.<sup>14</sup>

## II

Mit Sarajewo wurde das imaginierte Szenario zur Realität. Lichnowsky war zufällig in Berlin und wurde tags darauf von Bethmann Hollweg empfangen. Dieser erläuterte ihm die pessimistische Berliner Sicht: Russische Armeeverstärkung und grenznahe Eisenbahnbauten, antideutsche öffentliche Meinung und Marinekonvention. Als Lichnowsky dies als irrsinnige Perception abtat, erwiderte Bethmann gereizt, ob er ihn wohl als Kanzler ersetzen wolle. Unterstaatssekretär Zimmermann legte ihm am 5. Juli 1914 dar, dass Russland Deutschland überall entgegentrete und es bei der Unabwendbarkeit des Krieges „vielleicht besser sei, ihn jetzt zu führen als später“. Vom tags darauf erteilten sogenannten Blankoscheck an Österreich – der Zusage, Wien bedingungslos zu unterstützen, auch im Kriegsfall – erfuhr Lichnowsky nichts; noch 1917 schloss er aus gesprächsweisen diesbezüglichen Andeutungen irrtümlich, Jagow sei in Wien zu Absprachen gewesen.<sup>15</sup>

Zurück in London erhielt er einen Privatbrief Jagows vom 18. Juli. Er ist neben den erst 1972 publizierten Riezler-Aufzeichnungen und dem erst 1984 edierten Tagebuch Theodor Wolffs ein Zentraldokument für das deutsche Risikospiel. Der Staatssekretär erläuterte ihm die Berliner Grundannahmen und das zu verfolgende Lokalisierungskalkül. Russland erdrücke das Reich

---

14 Große Politik, Bd. 37,1, Nr. 14697 auf S. 102–105, Zitat Jagow S. 105. Das Wort „eingewickelt“ gebrauchte Unterstaatssekretär Zimmermann zu Lichnowskys Bericht vom 24.6. 1914 in: Große Politik, Bd. 39, S. 633.

15 Young, Prince Lichnowsky, S. 98f. Die Gespräche mit Bethmann und Zimmermann überliefert nur Lichnowsky in seiner Aufzeichnung von 1914 „England vor dem Kriege“, publiziert in Friedrich Thimme, Fürst Lichnowskys Memoirenwerk, in: Archiv für Politik und Geschichte 7 (1928), S. 36–41. Einordnung bei John C. G. Röhl, Zwei deutsche Fürsten zur Kriegsschuldfrage. Lichnowsky und Eulenburg und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Eine Dokumentation, Düsseldorf 1971, S. 21f.

militärisch und der Zweibund werde schwächer; in einigen Jahren sei das panslawistisch gestimmte Russland schlagfertig. Demgegenüber sei Österreichs Erhaltung als Großmacht und Balkan-Hegemon Teil deutscher Staatsraison, weshalb man es jetzt energisch stützen müsse, damit Russland zurückweiche. Ziel bilde die Begrenzung (Lokalisierung) des Konflikts auf die Abrechnung Österreichs mit Serbien und ein Erfolg für den Zweibund. Lasse sich das nicht erreichen und Russland interveniere gegen Österreich, sei der casus foederis da, dann heiße es hic Rhodus, hic salta. Als Quintessenz schrieb Jagow: „Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen.“

In seiner Antwort legte Lichnowsky seine divergierenden Ansichten klar dar: Die Berliner Außenpolitik habe wesentlich die Angst Frankreichs und die Entente der an sich gegensätzlichen beiden Imperien gefördert. Von Russlands baldiger Kriegsbereitschaft höre er seit 30 Jahren, ebenso von der Generalstabsforderung nach einem Präventivkrieg, durch den für Deutschland nichts zu gewinnen sei außer ewiger Feindschaft Russlands. Der Balkan bilde kein deutsches Lebensinteresse und deutsche Nibelungentreue gegenüber Österreich sei falsch. Die Lokalisierung auf Wiens Waffengang mit Serbien sei nur frommer Wunsch. Vielmehr müssten Österreichs Sühneforderungen an Serbien annehmbar gehalten werden.<sup>16</sup> Jagow und Lichnowsky bewegten sich klar in zwei unterschiedlichen Denkrahmen.

„Wir schwankten zwischen Befürchtungen und Hoffnungen“ hinsichtlich der Möglichkeit einer Neutralität Englands, hat Jagow selbst später die Sicht von 1914 formuliert. Aber diese Unsicherheit war eben nicht Anlass, Österreich zur Mäßigung aufzufordern, sondern Berlin schaute Wiens Vorgehen wohlwollend zu. Als Wilhelm II. am 28. Juli jeden Kriegsgrund als entfallen ansah, gab Bethmann Hollweg diese Ordre verspätet nach Wien weiter und zudem mit der konterkarierenden Erläuterung, Deutschland wolle Österreich keineswegs zurückhalten.<sup>17</sup> Jagow spornte den österreichischen

---

16 Druck des bereits 1919 publizierten Privatbriefes in: Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014, S. 252–255. Auch in: Karl Fürst Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund. Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften. Bd. 2, Dresden 1927, S. 245–248, Lichnowskys Antwort vom 23.7.1914 ebd., S. 257–260. Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 64, gibt das Kalkül Jagows gegenüber Wolff am 25.7.1914 wieder: „einmal werde der Krieg ja doch kommen“, er sei „in zwei Jahren unvermeidlich, wenn wir uns jetzt nicht aus dieser Situation befreien.“

17 Gottlieb von Jagow, Die Anklagen des Fürsten Bülow gegen „die Staatsmänner von 1914“, in: Friedrich Thimme (Hg.), Front wider Bülow, München 1931, S. 210–220, 219. Dort (S. 211) gab Jagow rückblickend zu, daß Bülow eine unselige Erbschaft hinterlassen habe: Gegnerschaft Russlands infolge der Bosnien-Annexion Österreichs, französische Feindschaft infolge der Marokko-Politik, feindliche Stimmung Englands infolge Flottenkonkur-

Botschafter in Berlin, Ladislaus Graf Szögyény, zum „fait accompli“ an, ja erklärte die Abrechnung mit Serbien zur Prestigefrage für den Zweibund. Und dies, obwohl die diplomatischen Berichte aus Petersburg ab 25. Juli klar belegten, dass Russland Krieg führen werde, sofern Serbiens Besetzung durch Österreich drohe.<sup>18</sup>

Jagow agierte also konträr zu Lichnowsky, der in der letzten Juli-Woche 1914 mehrfach zum Eingehen auf die Vorschläge Greys (vom 24. und 26./27. Juli) nach internationaler Konferenz zur Konfliktlösung riet. Nur so könne ein Weltkrieg, „der fürchterlichste Krieg, den Europa jemals gesehen habe“, vermieden werden. Grey und England seien überzeugt, dass nur Berlin Wien zurückhalten könne. Aber Kanzler Bethmann lehnte es ab, „Österreich in seinem Serbenhandel (...) vor ein europäisches Gericht“ zu ziehen, und in letzter Stunde (30. Juli 1914) auch Vorschläge Russlands, seine Mobilmachung einzustellen, sofern Österreich die volle Souveränität Serbiens garantiere bzw. zur Schlichtung den Haager Gerichtshof anzurufen. Lichnowsky wiederholte seine Warnung: Greife Österreich Serbien an, so wird England „sich unbedingt auf die Seite Frankreichs und Rußlands stellen“, um „eine moralische oder gar militärische Niederlage seiner Gruppe“ abzuwenden.<sup>19</sup>

Alle warnenden Berichte Lichnowskys hielten die Berliner Entscheider nicht von dem Hazardspiel ab, entweder brachial einen Prestigeerfolg für den Zweibund durchzusetzen oder bei Nichtnachgeben Russlands den Krieg einzugehen, denn, so die zirkelschlüssige Begründung, dann sei bewiesen, dass Russland Krieg wolle.

Ein Intermezzo am 1. August wurde Lichnowsky in der deutschen Debatte langjährig vorgehalten. Er meldete nämlich, Großbritannien erwäge, im Konflikt neutral zu bleiben, wenn Deutschland nur Russland, nicht auch Frankreich (und Belgien) angreife. Dies resultierte aus einem Missverständ-

---

renz und Ablehnung eines Flottenabkommens. Die Ordre Wilhelms II. und Bethmanns Erläuterung für Wien in: Imanuel Geiss (Hg.), Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 2. Aufl., München 1980, S. 215f., S. 256f.

18 Mombauer (Hg.), *Origins of the First World War*, S. 307, 351, 391 (Berichte Szögyénys über Gespräche mit Jagow 25.7./27.7.1914). Der Bericht aus Petersburg vom 25.7.1914 in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 170–172 (Sasonow will Krieg zugunsten Serbiens führen, Wilhelm II. kommentiert: „na denn zu!“); Wilhelms II. Ordre vom 28.7. ebd., S. 215f., Bethmanns konterkarierende Erläuterung für Wien ebd., S. 256f.

19 Lichnowsky an Jagow 25.7.1914, in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 196, auch in: Lichnowsky, *Wege zum Abgrund*, Bd. 2, S. 262, und Lichnowsky an Jagow 27.7.1914, in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 232. Bethmann an Lichnowsky 27./28.7.1914, in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 231 und S. 237f. sowie S. 269, 294f., 306f. (Ablehnung russischer Vorschläge). Ebd., S. 235 Zitat Lichnowsky an Jagow 27.7.1914.

nis, das er einige Stunden später korrigierte. Dazwischen löste Lichnowskys Telegramm in Berlin die bekannte Szene aus, dass Wilhelm II. hocheifrig den Stopp des Westaufmarschs forderte, aber Moltke erregt ein „völlig undurchführbar“ entgegenhielt, denn dies sei weder gemäß Generalstabsplanung seit 1913 noch aktuell logistisch möglich ohne lähmende Konfusion in der Mobilmachungsphase.<sup>20</sup>

Die Berliner Führung bekam den Krieg, den sie aufgrund ihrer Zwangsvorstellung, er sei sowieso unvermeidlich, sehenden Auges und bewusst, keineswegs schlafwandelnd, in Kauf genommen hatte. Zwar wünschte Mitte 1914 kein Berliner Entscheider einen vierjährigen Großkonflikt, aber Bethmann Hollweg hatte bereits am 7. Juli hellsichtig sinniert, eine „Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen“. Das bis heute gebrauchte Entlastungsargument, Berlin habe ja „Lokalisierung“ erstrebt, zieht schon deswegen nicht, weil in der letzten Juliwoche erkennbar und mindestens für Lichnowsky evident war, dass die Überwältigung Serbiens durch Österreich nicht ohne Intervention Anderer zu erreichen sein würde. Im „Reich des Absurden“ (Stig Förster) stellten Berlin und Wien den Prestige-Gewinn über das Kriegsrisiko, Russland stützte Serbiens Existenz, Paris folgte seiner Bündnisverpflichtung und London optierte aus Eigeninteresse für die Entente.<sup>21</sup> Am Anfang des Weges in den Weltkrieg stehen eindeutig Berlin und Wien mit ihrem Ziel der Abrechnung mit Serbien und am Ende des Risikospiels dieselben Entscheidergruppen mit ihrer Auslösung von Militäraktionen gegen Belgrad, Belgien und Frankreich. Die meisten Weltkriegshistoriker halten mit überzeugenden Gründen an Deutschlands Hauptverantwortung fest.<sup>22</sup>

---

20 Die Dokumente bequem nachlesbar bei Mombauer (Hg.), *Origins of the First World War*, S. 511–518, dazu knapp Mombauer, *Die Julikrise*, S. 108–110, ausführlicher Young, *Prince Lichnowsky*, S. 114–120 und Röhl, *Wilhelm II.*, Bd. 3, S. 1159–1164. Augenzeugenbericht bei: Walter Görnitz (Hg.), *Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918*, Göttingen 1959, S. 37–40. Schilderung Lichnowskys gegenüber Wolff in: Sösemann (Hg.), *Theodor Wolff Tagebücher*, S. 85f.

21 Karl Dietrich Erdmann (Hg.), Kurt Riezler. *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Göttingen 1972, S. 183 (Bethmann). Stig Förster, *Im Reich des Absurden: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges*, in: Bernd Wegner (Hg.), *Wie Kriege entstehen*, 2. Aufl., Paderborn 2003, S. 211–251. Zu Russland Klaus Gietinger/Winfried Wolf, *Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am 1. Weltkrieg erlöst*, Stuttgart 2017, S. 240–255.

22 Gegen Clarks Position etwa: Annika Mombauer, *Die Julikrise*, München 2014, S. 117–120; Oliver Janz, *14 – Der Große Krieg*, Frankfurt/M. 2013, S. 59–69; Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 95, 116, 119, 124; Ulrich Wyrwa, *Zum Hundersten nichts Neues. Deutschsprachige Neuerscheinungen zum Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62 (2014), S. 921–940;

### III

Lichnowsky war mit Englands Kriegserklärung am 4. August ein erschütterter, für den US-amerikanischen Botschafter Walter H. Page ein „übergeschnappter Mann“. In der letzten Unterredung mit Grey am 5. August nannte dieser als Gründe des Kriegseintritts die Verletzung der belgischen Neutralität und die hohe Schadenserwartung für England selbst im Falle der Neutralität. Er, Grey, wolle Deutschland nicht vernichten und das über Europa hereingebrochene Unheil baldmöglichst beenden.<sup>23</sup> Die Dynamik von Massensterben und Kriegshysterie machte den Vorsatz rasch zur Makulatur.

Noch im August 1914 begann Lichnowsky mit der Verarbeitung seiner „Londoner Mission“. Theodor Wolff erzählte er, dass Berlin Wien zu energischem Vorgehen gedrängt habe und die Militärs den Krieg besser jetzt als in zwei Jahren gewollt hätten. Gegenüber Wilhelm II. soll er im Herbst 1914 dessen Kriegsschuld offen ausgesprochen haben. Wegen diverser Äußerungen Lichnowskys gegenüber Dritten erzog Bethmann Hollweg 1915 ein Disziplinarverfahren und bestritt brieflich im Juni 1916, dass Moltke zum Krieg gedrängt und ein Kronrat am 5./6.7.1914 Wien Carte blanche gegeben habe; dieser habe gar nicht stattgefunden.<sup>24</sup>

Lichnowsky begann Aufzeichnungen anzufertigen. Daraus erwuchs 1918 eine monatelange Affäre um seine Bestrafung wegen Landesverrat. Ausgangspunkt war die 1917 von einem pazifistischen Offizier (Hans Georg von Beerfelde) eigenmächtig kopierte und in Görlitz gedruckte Denkschrift Lichnowskys. Beerfelde wollte die Wahrheit zutage fördern und den Fürsten zwingen, sich öffentlich dazu zu bekennen. Der Verbreiter wählte den

---

Heinrich August Winkler, Die Kontinuität der Kriegspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.8.2014; Stig Förster, Hundert Jahre danach. Neue Literatur zum Ersten Weltkrieg, in: Neue Politische Literatur 60 (2015), S. 5–25; Michael Epkenhans, Der Erste Weltkrieg – Jahrestagsgedenken, neue Forschungen und Debatten einhundert Jahre nach seinem Beginn, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), S. 135–165, 159, 165; Andreas Wirsching, Ursachen des Ersten Weltkriegs: Deutschland, in: H. Möller/A. Cubar'jan (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Deutschland und Russland im europäischen Kontext, Berlin 2017, S. 1–9 sowie quellennah Guenther Roth/John C. G. Röhl (Hg.), Aus dem Großen Hauptquartier. Kurt Riezlers Brief an Käthe Liebermann 1914–1915, Wiesbaden 2016, S. 39–100, zu Lichnowsky S. 88f.

23 Röhl, Wilhelm II., Bd. 3, S. 1175 (Page); Young, Prince Lichnowsky, S. 126f. (Grey).

24 Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 283f. Görlitz (Hg.), Regierte der Kaiser?, S. 369, 7.4.1918: „Der Kaiser erzählte, wie der Fürst sich bei ihm im Herbst 14 in Luxemburg gemeldet und in seinem Bericht angedeutet habe, der Kaiser sei an dem Kriege schuld. Da habe der Kaiser ihn scharf zurechtgewiesen und ihn die Treppe hinunter komplimentiert ...“. Bethmanns Erwägungen 1915/16 lt. Stellungnahme Kanzler Georg Graf Hertling vom 25.8.1918, in: GStA PK, I. HA, Rep. 169a, XXXI Nr. 54, Bl. 283ff.

provokanten Titel: „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege“. Die Schrift wurde in der Schweiz und Schweden im März 1918 publiziert. Viele Zeitungen in den alliierten Ländern stellten Lichnowsky als Bekenner deutscher Kriegsschuld heraus: „Germany convicted by her own Ambassador“, „Britain justified by Prince Lichnowsky“ oder „The Kaiser war plot“ lauteten Schlagzeilen. Nur das neutrale „Berner Intelligenzblatt“ hielt Lichnowsky Verständigungsabsicht zugute und meinte,<sup>25</sup> es müsse in jedem Volk Leute geben, die auch die eigene Schuld sehen.

Daraufhin wurde von offiziellen Stellen ein Strafverfahren wegen Landesverrats bzw. Verletzung der Amtsverschwiegenheit gegen ihn erwogen und im Herrenhaus stellte der alldeutsche Georg v. Klitzing den Antrag auf Ausschluss wegen unwürdigen Verhaltens. Das Reichsjustizamt sah aber vorsätzliche Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zugunsten feindlicher Mächte nicht als gegeben an, denn die Publikation war ja treuwidrig gegen den Willen des Fürsten erfolgt. Auch Landesverrat kam nicht in Frage, da dies bewusste Absicht voraussetzte. Überragend war dabei die (implizite) politische Erwägung: Würde Lichnowsky verurteilt, war im Umkehrschluss zu folgern, dass seine Ansichten deutsche Staatsgeheimnisse richtig wiedergäben. Würde er nicht verurteilt, nähme das Ausland gleichfalls an, dass seine Aussagen tatsächlich wahrheitsgemäß seien. Wegen dieser peinlichen Zwickmühle führten alle Straferwägungen bis Kriegsende 1918 zu keinem Ergebnis.<sup>26</sup>

Im Herrenhaus bezeichnete der Antrag von Klitzing, Mitglied der hochkonservativen „Alten Fraktion“, als Quintessenz von Lichnowskys Schrift „Meine Londoner Mission“ die Aussage, dass die „Schuld am Ausbruch des gegenwärtigen Krieges den leitenden Personen im deutschen Reich“ zufalle. Lichnowsky verteidigte sich damit, dass die Publikation gegen seinen Willen erfolgte, der Titel nicht vom ihm stammte, und er in Kooperation mit dem Amt Einziehung der Schrift versucht habe. Seine Ansichten gingen nicht

25 Zur Genese der Verbreitung Young, Prince Lichnowsky, S. 149–154 und Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 529f., 589f. Zitate aus der Pressestimmen-Sammlung der Zentralstelle für Auslandsdienst in: PA AA, R 1384. Fürst Lichnowsky, Meine Londoner Mission 1912–1914 und eine Eingabe an das preußische Herrenhaus (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 7/8), Berlin: E. Berger & Co 1918, 44 Seiten.

26 GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496b Nr. 2 Adhib. 32 Beiheft, unpaginiert. Dort u.a. das Gutachten des Reichsjustizamts vom 23.3.1918. GStA PK, I. HA, Rep. 90a, Nr. 3206, Bl. 76–92, Protokoll kommissarischer Beratungen von Ministerialvertretern im August 1918. Detailliert dazu: Christian Koch, Diplomatie – Kriegspropaganda – „Landesverrat“. Die deutschen Reaktionen auf die Denkschrift „Meine Londoner Mission 1912–1914“ von Karl Max Fürst von Lichnowsky, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 70 (2011), S. 261–286.

über die Aussage des deutschen Weißbuchs von 1914 hinaus, dass Deutschlands Leitung wohl auf Lokalisierung abgezielt, aber dabei das Risiko eines Krieges mit Russland in Kauf genommen habe.

In geheimer Beratung kam eine Herrenhaus-Kommission zum Schluss, dass bei Lichnowsky „unwürdiges Verhalten“ vorliege, denn er behauptete, dass Deutschland nicht überfallen, sondern „ganz bewußt und in voller Erkenntnis der Tragweite unserer Haltung in den Weltkrieg hineingesteuert“ worden sei. Seine Schrift sei eine Anklage gegen die Staatsregierung und arbeite den Feinden in die Hände, auch durch falsche Behauptungen, etwa die, dass Moltke zum Krieg gedrängt habe, wo dieser doch nur den Kriegszeitpunkt 1914 für günstiger hielt als später, und die, dass Berlin Wien seit dem Blankoscheck zum Einschreiten anspornte, wo doch damit nur Hilfe für den Fall zugesichert wurde, dass der Krieg unvermeidlich sei. Im Plenum der geheimen Herrenhaus-Sitzung am 12. Juli 1918 stimmten (bei 176 Fehlenden) 147 Mitglieder für Ausschluss, 30 dagegen. Zustimmend votierten neben vielen Junkern auch ca. 15 Oberbürgermeister, darunter Konrad Adenauer (Köln), Erich Koch-Weser (Kassel), Ernst Scholz (Charlottenburg), Heinrich Tramm (Hannover), Richard Rive (Halle). ‚Nein‘ kam von Mitgliedern der liberal-konservativen „Neuen Fraktion“ wie Bernhard Dernburg, Arthur Graf Posadowsky-Wehner, Graf Bogdan Hutten-Czapski und Bernhard von Bülow neben hochadeligen Standesgenossen vor allem Schlesiens. Lichnowsky war damit aus dem Herrenhaus ausgeschlossen.<sup>27</sup>

#### IV

Im Auswärtigen Amt, dem zwei Ausarbeitungen Lichnowsky vorlagen, wurden Argumente für die Gegendarstellung gesammelt. Jagow, seit November 1916 nicht mehr Staatssekretär, brachte sie bereits Anfang Oktober 1917 zu Papier. Er korrigierte Lichnowsky in einigen nebensächlichen Fakten und stellte folgende Argumente heraus: Lichnowsky scheine „immer nur besorgt,

---

27 GStA PK, I. HA, Rep. 169a, XXXI Nr. 54, Bl. 1f. (Klitzing); Bl. 58–74 (Schriftsatz Lichnowskys vom 20.4.1918 gegenüber der Herrenhaus-Kommission); Bl. 256–263 (Protokoll der Geheimsitzung vom 12.7.1918), Bl. 265–271 (namentliche Abstimmungsliste). Noch zwei Jahrzehnte später hing Richard Rive, bis 1933 OB von Halle/S., verbohrt der Unschuldslgende an, indem er Lichnowsky als Mann ohne „Selbstzucht und Verantwortungsgefühl“ charakterisierte, der „Absichten und Maßnahmen der englischen Regierung gänzlich verkannt“, die deutsche Regierung „ahnungslos“ gelassen und kryptisch behauptet habe, dass „die Schuldigen in der Wilhelmstraße (...) gehenkt werden würden, wenn der wahre Sachverhalt zutage käme“. Richard Rive, Erinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters, Stuttgart 1960 [verfasst um 1940], S. 254ff.

daß Rußland nicht gedemütigt wird, eine Demütigung Oesterreichs ist ihm offenbar gleichgültig“. Jagow zufolge ging es

„um eine Prestige- und Existenzfrage für die Donaumonarchie. Entweder sie mußte vor den russisch-serbischen Treibereien die Segel streichen oder ein Quos ego gebieten, sei es auch mit dem Risiko eines Krieges. Wir konnten unseren Bundesgenossen nicht im Stich lassen.“

Ferner führte er aus:

„Dem englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz konnten wir nicht zustimmen, da sie zweifellos zu einer ernsten diplomatischen Niederlage geführt hätte. Denn auch Italien war serbenfreundlich (...) Der beste und einzige angängige Ausweg war eine Localisierung des Konfliktes und eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg. Hiernach richteten wir unsere energischen Bemühungen.“

Ohne Belege formulierte Jagow:

„Rußland und Frankreich – Herr Poincaré in Petersburg, auch die französischen Militärs – bereits mißtrauisch und besorgt durch die Zeichen der beginnenden Entspannung zwischen England und uns, drängten zum Kriege. Wir waren durch den Vertrag mit Oesterreich verpflichtet und in unserer Großmachtstellung mitbedroht – hic Rhodos, hic salta.“

Leider habe sich Edward Grey „zu tief in die Netze der französisch-russischen Politik verstricken lassen, er fand nicht mehr den Ausweg und hat – was er gekonnt hätte – den Weltkrieg nicht verhindert.“ Lichnowskys Satz, „daß ‚wir auf dem Krieg bestanden‘ hätten“, sei „eine frivole Behauptung (...). Sollten wir etwa warten, bis die russische mobilisirte Armee über unsere Grenzen flutete?“ Erneut gab Jagow das Kalkül zu:

„Die Idee des Präventivkrieges hat uns völlig fern gelegen, aber wenn der Krieg unvermeidlich werden sollte, war der jetzige Zeitpunkt günstiger als später; dies war auch die Auffassung des Generals v. Moltke.“

Die zentralen Sätze finden sich wörtlich auch im offiziellen Zeitungsartikel Jagows vom 23.3.1918 sowie in seiner gedruckten Broschüre.<sup>28</sup>

---

28 Gottlieb v. Jagow, Bemerkungen zu der Schrift des Fürsten Lichnowsky „Meine Londoner Mission“, handschriftlich mit dem Vermerk „vertraulich“, datiert Mitau 3.10.1917, 34 Bl., in: PA AA, R 1381, Zitate Bl. 12, 20, 23–26, 30f. Artikel Staatssekretär v. Jagow über Lichnowskys Schrift, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.3.1918, nachgedruckt u.a. in der Vossischen Zeitung vom 24.3.1918 (Morgenausgabe), 2. Beilage. Druck mit der Gegenüberstellung zentraler Passagen Lichnowskys und Stellungnahmen Jagows: Gottlieb v. Jagow, Der Irrtum Lichnowskys, Berlin 1918, 31 S. Ferner Ders., Tirpitz und der Be-

Jagow hat damit jahrelanges Kriegsdrängen der Militärs, Blankoscheck und wochenlanges Gewährenlassen Wiens sogar gegen Wilhelms II. späte Stopporder, speziell seine eigene explizite Ermutigung Österreichs zum Losschlagen gegen Serbien, ausgelassen; er hat Kriegsdrängen Russlands und Frankreichs beleglos unterstellt und den Irrsinn des Schlieffenplans mit dem Angriff im Westen wegen eines Konflikts Österreichs im Osten übergangen. Lichnowskys Stellungnahmen gegen Lokalisierungsphantasie und Russophobie nebst seinen steten Warnungen vor dem Eingreifen Englands sowie sein dezidiertes Eintreten für eine Konferenzschlichtung wurden minimiert. Indessen gab Jagow damit zugleich wesentliche Teile dessen zu, worauf Historiker heute Deutschlands Hauptverantwortung gründen; schon der Satz „Eine neue Minderung unseres Ansehens war für unsere europäische und Weltstellung nicht erträglich“ lässt erkennen, dass Prestigepolitik, nicht Kriegsvermeidung an erster Stelle rangierte.<sup>29</sup>

Bethmann, Jagow und Stumm trafen untereinander Absprachen gegen Vorwürfe und Anklagen, aber bereits 1919 konnte man ihr Kalkül wie ihre Fehlperzeption nachlesen, denn Lichnowsky übergab den Brief Jagows vom 18.7.1914 an die Editoren der von Karl Kautsky verantworteten vier Bände „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch“. Indessen spielte Lichnowsky in der deutschen Kriegsschuld-Debatte jahrelang keine Rolle. Er war politisch wie gesellschaftlich isoliert, und Empörung über den Versailler Vertragsartikel 231 dominierte in Wissenschaft und Gesellschaft. Freilich war das Kollektivtrauma keineswegs einhellig; Pazifisten, Sozialisten, Sozialkatholiken teilten es nicht. Verantwortliche Politiker wie Hermann Müller (SPD), Matthias Erzberger und Wilhelm Marx (Zentrum) oder Gustav Stresemann (DVP) zogen daraus gerade nicht den Schluss, Nationalismus anzuhetzen und Revanchekrieg anzustreben, sondern suchten friedliche Revision. Es gab weder ein uniformes Trauma noch ein unentrinnbares Reiz-Reaktions-Schema, sondern recht unterschiedliche Schlussfolgerungen und zudem (kaiserzeitliche) Vorbelastungen für Weimars Stabilität, beispielsweise

---

ginn des Krieges, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik 4 (1919), S. 515–527.

29 Jagow, Der Irrtum Lichnowskys, S. 20, erstmals verwendet in der Mitauer Stellungnahme, Bl. 32f. Winfried Baumgart, Das Zeitalter des Imperialismus und des Ersten Weltkrieges (1871–1918), T. 2: Persönliche Quellen, 2. Aufl., Darmstadt 1991, S. 31 urteilte: Jagow „muß aber heute ein wesentlicher Teil der Verantwortung für die unbedingte deutsche Unterstützung Österreich-Ungarns im Konflikt mit Serbien zuerkannt werden“. Helmut Berding, G. v. Jagow: in Neue Deutsche Biographie, Bd. 10, Berlin 1974, S. 299, konstatierte, Jagow „setzte den Kurs des Blankoschecks fort in der Hoffnung, Rußland werde zurückweichen und beugte sich mit der Mobilmachung der Präventivkriegsforderung der Militärs“.

vordemokratische, antipluralistische Mentalität und Orientierung am Leitbild „starker Staat“, Spaltung der Arbeiterbewegung und virulenten völkischen Radikalnationalismus, Verarmung des „Mittelstands“ und Gewalterfahrung 1914–1919. Erst in diesem Umfeld gab die Kriegsschulddebatte der nationalistischen Rechten Auftrieb.

Zuvörderst Rücksicht auf deutsches Revisionsinteresse hinderte den Grandseigneur Lichnowsky sieben Jahre an offensiver, quellenmäßig begründeter Vertretung seiner Position. Zudem konnte er sich nun nicht mehr zwischen den Einschätzungen: Deutsche Kriegsschuld oder bloß Fehleinschätzungen seitens Bethmann, Jagow, Zimmermann und Stumm entscheiden. Erst Ende 1926 verlangte er nachträglich die Aufnahme einer Stellungnahme in die publizierten Bände der „Großen Politik“ – erfolglos, denn Herausgeber Thimme und Außenamtsstaatssekretär Carl v. Schubert verweigerten den Abdruck in der von Lichnowsky gewünschten Fassung.<sup>30</sup>

Dies gab Lichnowsky den Anstoß, seine Berichte, Zeitungsartikel und Briefe unter dem Titel „Auf dem Wege zum Abgrund“ zu veröffentlichen. Darin formulierte er, er habe

„niemals und nirgends behauptet, daß unsere ‚Staatsmänner‘ im Juli 1914 den Krieg *gewollt* haben (...), sondern nachzuweisen versucht, daß der Weltkrieg die letzte Folge einer falsch orientierten Politik war und daß wenn man von einer Krise zur anderen taumelt, der Augenblick unfehlbar eintritt, an dem die Sache ‚schief‘ geht, *selbst wenn man es anders wollte*.“

In Kurzform schrieb er: Die deutsche Führung sei „hineingetapert“. Er unterstelle den Berliner Führenden nicht, dass sie den Willen zum Krieg hegten, sondern kritisiere ihre übereilten Entscheidungen, ihre Verblendung und Inkompetenz. Er sah die langfristigen Wurzeln der Katastrophe nun auch stärker bei Bismarcks Entfremdung von Petersburg und vor allem in Friedrich von Holsteins anrussischer Politik.<sup>31</sup>

Die deutlich abgeschwächten Kernaussagen Lichnowskys hinderten die offiziös tätigen Kämpfer gegen die „Kriegsschuldflüge“ nicht, ihn weiter zu denunzieren. Sie konzentrierten sich im Gefolge Jagows auf nachweisbare Defizite, nämlich dass Lichnowsky in Einzelheiten falsch lag, seine Rolle

30 Fischer, Krieg, S. 670f. (Absprachen Bethmann et alii). Zur Kriegsschuld-Debatte vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 74–78 (Kautsky setzt „Deutsche Dokumente“ durch), S. 80ff. (Thimme) und Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 138–143. Young, Prince Lichnowsky, S. 167–174 zum Verhalten des Fürsten 1919–1926.

31 Zitate gemäß Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund, Bd. 1, S. 12 und S. 93 Fußnote.

teils eitel hervorhob und Dokumente nicht völlig authentisch wiedergab, sondern einzelne Sätze wegließ oder Halbsätze hinzufügte, etwa den gerade zitierten „selbst wenn man es anders wollte.“ Seine Glaubwürdigkeit damit zu erschüttern, ließ sich Friedrich Thimme 1928 angelegen sein, als er Lichnowskys zwei Bände „Auf dem Wege zum Abgrund“ mit Quellenkritik diskreditierte. Dabei konnte Thimme Lichnowsky jahrelangen Nichtwiderspruch gegen den Flottenbau nachweisen, redaktionelle Änderungen in fünf Berichten belegen und ihm vorhalten, seine These von der deutschen Alleinschuld nun relativiert zu haben, um sich zu rehabilitieren. Damit sei evident, dass er „unter den deutschen Staatsmännern von 1914 am vollkommensten versagt hat“.<sup>32</sup>

Noch vor der Veröffentlichung dieses Verrisses starb Lichnowsky nach zwei Schlaganfällen im Februar 1928. Er hatte bereits einen Gutteil seines Vermögens verloren, denn Enteignungen seitens der neuen Staaten Polen und ČSR kosteten ihn viel Grundbesitz. Geblieben waren ca. 3.000 ha um Schloß Kuchelna im nun tschechischen Hultschiner Ländchen, wo ihn 1923 der junge Golo Mann besuchte, und Land um Schloß Kreuzenort im äußersten Südosten Oberschlesiens. Im April 1928 erbat die verwitwete Fürstin bei Außenminister Gustav Stresemann die Gewährung einer Beamtenpension, auf die ihr Gatte beim Ausscheiden aus dem Dienst Anfang 1918 verzichtet hatte. Diese Gnadenerweisung sei leider gesetzlich nicht möglich, erwiderte das Auswärtige Amt einen Monat später. Die Fürstin heiratete 1937 einen britischen Offizier und lebte bis zu ihrem Tode 1958 in London. Lichnowskys zwei antinazistisch eingestellte Söhne wanderten in der NS-Zeit bzw. nach der Vertreibung aus der ČSSR nach Brasilien aus; seine Tochter lebte seit 1954 in Rom. Im Gothaischen Adelslexikon wurde der Name Lichnowsky letztmals 1971 verzeichnet.<sup>33</sup>

---

32 Friedrich Thimme, Fürst Lichnowskys „Memoirenwerk“, in: Archiv für Politik und Geschichte, Bd. 10 (1928), S. 22–64. Mit gleichem Tenor der Artikel Friedrich Thimme, „Auf dem Wege zum Abgrund“. Ein ehemaliger deutscher Botschafter wird zum Kronzeugen für Deutschlands Kriegsschuld, in: Kölnische Zeitung Nr. 783b vom 11.12.1927. Ein später Widerschein dieser operativen Taktik tritt noch zutage bei Baumgart, Das Zeitalter des Imperialismus, S. 38: Der Aussagewert der Lichnowsky-Erinnerungen sei durch „Selbstglorifizierung und durch Schwarzweiß-Darstellung der Berliner Politik stark herabgemindert“, und: „Peinlich wirkte der Nachweis durch Historiker, daß er diese Dokumente nachträglich ‚frisirt‘ hatte“.

33 Young, Prince Lichnowsky, S. 165 (Besitzverluste) und S. 188–190 (Schicksal der Familie); Golo Mann, Geschichte und Geschichten, Frankfurt/M. 1961, S. 517–522. PA AA, P 1 Nr. 8879 (Personalakte 1912–18), unpaginiert, Fürstin Mechtilde Lichnowsky 24.4.1928 an Stresemann, Antwort des Auswärtigen Amtes vom 31.5.1928. Genealogisches

In der Wissenschaft stellten erst Imanuel Geiss (1964), Fritz Fischer (1969) und John Röhl (1971) Lichnowsky als einen frühen Gewährsmann für die Hauptverantwortung der Berliner Führung im Juli 1914 heraus. Des Fürsten Lageanalysen bis zur Julikrise 1914 gelten heute unbestritten „als ein Beispiel für eine zur Zeit des Kaiserreichs seltene Weitsicht und Nüchternheit“. Jagow hatte Lichnowsky bereits Ende 1914 als Trost privatbrieflich geschrieben, er stehe zwar momentan als deutscher Dreyfus da, aber:

„Entscheidet die Geschichte einmal anders und ändert sich das Urteil der öffentlichen Meinung – so können Sie vielleicht einmal Recht bekommen.“<sup>34</sup>

---

Handbuch des Adels, Fürstliche Häuser, Bd. IX, Limburg 1971, S. 416–418. Drei in den 1960er Jahren geborene Urenkel wuchsen in Brasilien auf.

34 John C. G. Röhl, Zwei deutsche Fürsten zur Kriegsschuldfrage, Düsseldorf 1971, S. 10–25, 39–64. Heutige Einschätzung nach Manfred Wüstemeyer, Artikel Karl Max Fürst Lichnowsky, in: Gerhard Hirschfeld u.a. (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, 2. Aufl., Paderborn 2004, S. 679. Jagow-Zitat nach PA AA, Nr. 1383 (unpaginiert), Brief vom 3.11.1914.